

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
9 / 2008

Politischer Bericht aus Brüssel

- 1. EU eröffnet Serbien Beitrittsperspektive**
- 2. Partnerschaftsabkommen mit Russland abgelehnt**

02. Mai 2008

René Städtler / Markus Russ
Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

1. EU eröffnet Serbien Beitrittsperspektive

Schon im Januar 2008 machte die EU einen Anlauf, ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Serbien abzuschließen, um den pro-europäischen Kräften um Boris Tadić ein Pfund zu geben, mit dem sie im serbischen Präsidentschaftswahlkampf wuchern können. Wie bitter Tadić diese Unterstützung nötig hatte, bewies das Ergebnis der ersten Runde der Wahlen am 20. Januar. Der ultranationalistisch-prorussische Bewerber Nikolić lag mit 40% der Stimmen klar in Führung. Die Stichwahl am 3. Februar zwischen Nikolić und Tadić kam demnach einer Abstimmung über die Orientierung Serbiens gleich – nach Ost oder West. Der Abschluss eines SAA scheiterte jedoch am Widerstand Belgiens und der Niederlande, die auf eine vollständige Kooperation Belgrads mit dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag als Vorbedingung für ein solches Abkommen bestanden. Insbesondere die Niederlande beharrten auf die Überstellung der Kriegsverbrecher des Jugoslawienkonfliktes, haftet doch deren Blauhelmsoldaten bis heute der Vorwurf an, tatenlos Zeuge des Völkermords geworden zu sein.

Ganz ohne Rückenwind wollte die EU Boris Tadić jedoch nicht in die Wahlen gehen lassen.. EU-Justizkommissar Frattini kündigte die Aufnahme von Verhandlungen zur Abschaffung der Visumpflicht für serbische Bürger bei der Einreise in die EU an, die dann auch pünktlich in der Woche vor den Präsidentschaftswahlen begannen. Des Weiteren bot die EU Handelserleichterungen an und verdoppelte die Stipendien für Wissenschaftler und Studenten.

Als Tadić tatsächlich sein Amt im zweiten Wahlgang mit knapper Mehrheit gegen Nikolić verteidigen konnte, ließ die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht lange auf sich warten und verschärfte die Krise der Republik Serbien. Die Bilder aus dem Kernland und dem serbisch besiedelten Teil des Kosovo, die aufgebrachte Menschenmassen und sogar Gewaltausbrüche gegen europäische und amerikanische Institutionen zeigten, sind noch in frischer Erinnerung. Die nationalistische Regierungspartei von Ministerpräsident Koštunica reagierte auf die Unabhängigkeitserklärung mit Rücktritt, um Neuwahlen zum Parlament zu erzwingen und von der nationalistischen Grundstimmung zu profitieren. Am Pfingstsonntag, den 11. Mai war es soweit, Serbien wählte das erste Mal ohne den Kosovo.

Im Parlamentswahlkampf befand sich Tadić in der Defensive. Auf der einen Seite steht er für die Integration Serbiens in die EU, auf der anderen will und kann er aber die serbische Souveränität über das Kosovo nicht preisgeben, die von 18 der 27 EU-Mitgliedsstaaten negiert wird. In dieser Zwickmühle fehlten ihm bisher die schlagkräftigen Argumente, seine Bürger vom Wohlwollen der EU zu überzeugen, während Kostunića ungebremst ein Feinbild von der EU zeichnen konnte.

Daher fühlte sich die EU ein zweites Mal in der Pflicht, ein proeuropäisches Klima zu schaffen. Und diesmal sollte es ein entscheidender Schritt zur Westintegration werden: Das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen öffnet Serbien die Tür zu einem späteren EU-Beitritt. Auf ihrem Treffen in Luxemburg räumten die Außenminister der 25 anderen Mitgliedsstaaten am 29. April auch die Einwände der Niederlande und Belgiens aus dem Weg, indem sie das Inkrafttreten des SAA an die Bedingung einer vollständigen Kooperation Belgrads mit dem Den Haager Kriegsverbrechertribunal knüpfte. Auch wenn keine genauen Kriterien einer solchen „Kooperation“ fixiert wurden, unterstrich der Rat damit indirekt, dass eine weitere Behinderung der Auslieferung des ehemaligen Generals Mladić, der des Massakers von Srebreniça bezichtigt wird, die Ratifizierung des SAA verhindern würde.

Noch am selben Tag eilte der serbische Präsident Tadić und Vizepremier Djelić zur Ministerratssitzung nach Luxemburg und unterzeichnete das Papier.

Zur gleichen Zeit löste diese Nachricht in Serbien erwartungsgemäß ein geteiltes Echo aus. Die proeuropäische Demokratische Partei (DS) von Boris Tadić feierte einen „historischen

Tag“ während Kostunićas Demokratische Partei Serbiens (DSS) die Unterzeichnung als „verfassungswidrig“ und den serbischen Interessen zuwiderlaufend bezeichnete.

Koštunica hat bereits angekündigt, das SAA bei einem Wahlerfolg nicht umzusetzen, sondern ein Partnerschaftsabkommen mit Russland abzuschließen.

Die serbischen Wähler standen also in der Tat vor einer epochalen Entscheidung, hing doch von ihnen ab, wohin die Reise Serbiens geht.

Ob die Taktik der EU, mit dem Angebot des SAA den pro-europäischen Kräften zur Mehrheit zu verhelfen aufgeht, bleibt auch nach der Wahl fraglich, denn die Koalitionsverhältnisse im serbischen Parlament sind trotz des Stimmengewinnes der prowestlichen Kräfte noch ungeklärt, ein anti-westliches, nationalistisches Bündnis ist nicht auszuschließen. Dennoch geht der Schritt der EU in die richtige Richtung, da letztlich alle Mitgliedsstaaten an einem stabilen und prowestlichen Serbien interessiert sind. Ein nationalistisches Serbien dagegen könnte sich negativ auf den gesamten Balkan auswirken und das fragile Gefüge wieder ins Wanken bringen.

2. Neues Partnerschaftsabkommen mit Russland abgelehnt

Russland hat viele Gegner in den Reihen der östlichen Mitgliedsstaaten der EU – so scheint es. Polen hatte monatelang jeden Kompromiss im Ministerrat um den Abschluss eines neuen Partnerschaftsabkommens mit Russland abgelehnt, weil der Kreml die Einfuhr von polnischem Fleisch, angeblich wegen mangelnder Hygiene, untersagt hatte. Nach dem Regierungswechsel von Kaczyński zu Tusk hat es seine Blockadehaltung aufgegeben. Dennoch kam es am 29. April bei der Sitzung in Luxemburg erneut zu keinem Ergebnis, diesmal aufgrund der Haltung Litauens.

Genau wie vorher Warschau, legte Vilnius neuerlich sein Veto aus Anlass eines bilateralen Konflikts ein. Die litauische Regierung wirft dem Kreml vor, eine Ölleitung zur größten Raffinerie des Landes gekappt zu haben. Diese Raffinerie in Mazeikiai erbringt bei voller Auslastung bis zu 25% der gesamten litauischen Steuereinnahmen und ist daher von enormer politischer Bedeutung. Litauen vermutet hinter der Unterbrechung der Ölversorgung durch Russland die Rache für die Entscheidung, die Raffinerie nicht an russische Staatsfirmen zu verkaufen. Russland dagegen behauptet, die Leitung sei defekt.

Die 26 anderen EU-Staaten reagierten enttäuscht auf die halsstarrige Haltung Litauens, hatten sie doch eingewilligt, Russland zu größerer Kooperationsbereitschaft zu bewegen und auch der Forderung nachgegeben, über „die eingefrorenen Konflikte“ in Georgien zu reden.

Ein neues Partnerschaftsabkommen liegt besonders im Interesse der EU, denn der bestehende Vertrag stammt noch aus den frühen 1990er Jahren, als man Russland noch als Transformationsland sah, und Unterstützung bei diesem Prozess notwendig war. Heute möchte die EU vor allem Energiesicherheit erreichen. Da ein Verhandlungsmandat für die Kommission bis zum EU-Russland Gipfel im Juni beschlossen werden soll, wurde die slowenische Ratspräsidentschaft aufgefordert noch einmal im engeren Kreis in Vilnius auf die litauische Regierung einzuwirken. Da letztlich auch die litauischen Interessen viel einfacher durch Verhandlungen als durch Verhinderungstaktik durchzusetzen sind, willigte Ministerpräsident Kirkilas am Pfingstwochenende ein, die Blockadehaltung aufzugeben.

Dennoch machen die ständig wiederkehrenden politischen Eitelkeiten und Winkelzüge klar, dass die Wunden in Osteuropa noch längst nicht verheilt sind - ohne eine russische Aufarbeitung der dunklen Kapitel der Vergangenheit wird eine Versöhnung mittelfristig nicht möglich sein.

René Städtler ist zurzeit Praktikant in der Verbindungsstelle Brüssel.